

August 2017:

Einzelfall 60

Bundesweit berichten Medien, dass FPÖ-Gemeinderatskandidat Manfred Sedovnik aus St. Andrä am Zicksee 2016 wegen NS-Wiederbetätigung zu einer Geldstrafe von 4.500 Euro verurteilt wurde. Er hatte auf Facebook gefordert, das Konzentrationslager Mauthausen wieder zu öffnen, und den damaligen Bundespräsidenten Heinz Fischer dorthin gewünscht. Auch durch gepostete Mordfantasien ist Sedovnik aufgefallen.

Einzelfall 61

Der Ring Freiheitlicher Jugend Kärnten protestiert gegen den neu gewählten „Mister Kärnten“, und zwar ausdrücklich wegen dessen Herkunft und Aussehens. Hintergrund des rassistischen Angriffs: Parsa Djawadiraad ist österreichischer Staatsbürger und völlig integriert, stammt aber aus dem Iran.

Einzelfall 62

Es wird öffentlich bekannt, dass FPÖ-Gemeinderatskandidat Walter Wolfgang aus Bruckneudorf auch in der neonazistischen Splittergruppe „Partei des Volkes“ aktiv war. Auf Facebook hat er zur „Vereinigung“ Österreichs mit Deutschland aufgerufen und das Bild eines SS-Soldaten samt dem Spruch „Unsere Großväter waren keine Verbrecher!“ verbreitet. Der freiheitliche Landeshauptmann-Stellvertreter des Burgenlandes, Johann Tschürtz, meint zu diesen Umtrieben eines FPÖ-Politikers: „Solange er keine strafrechtliche Verurteilung hat, interessiert mich das nicht.“

September 2017:

Einzelfall 63

Die FPÖ Vomp veröffentlicht auf Facebook eine Liste von Volksschulkindern mit ausländisch klingenden Namen. Nach empörten Reaktionen erklärt der Tiroler FPÖ-Landesparteiobmann Markus Abwerzger, das Posting sei gelöscht worden. Als „Skandal“ bezeichnet Abwerzger aber den hohen Migrationsanteil in manchen Schulklassen und nicht, dass seine Partei Kinder an den Pranger stellt.

Einzelfall 64

FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache verbreitet auf Facebook ein Video, das unverpixelt zahlreiche Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund vor einer Volksschule zeigt. Dazu schreibt Strache: „Bezeichnend!“ Auf diese Weise macht er auch gegen Kinder wegen deren Herkunft Stimmung.

Einzelfall 65

Die Menschenrechtsorganisation „SOS Mitmensch“ kritisiert, dass die FPÖ die ihr nahestehende Zeitschrift „Aula“ laufend mit großen Inseraten unterstützt. Unter anderem wurden Inserate mit Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache und dem oö. Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner geschaltet. Dabei enthält die „Aula“ immer wieder rechts-extreme, rassistische und antisemitische Artikel. Beispielsweise hat die FPÖ-nahe Zeitschrift Überlebende des Konzentrationslagers Mauthausen als „Landplage“ und „Massenmörder“ beschimpft, was sie im April 2017 nach einem Gerichtsurteil

widerrufen musste. Die „Aula“ zeigt auch Sympathien für die neonazistische deutsche NPD. Der NPD-Politiker Karl Richter durfte sogar für die „Aula“ schreiben und in seinem Artikel unterstellen, es ginge Juden um die „Erschleichung von Herrschaft“.

Einzelfall 66

Es wird öffentlich bekannt, dass FPÖ-Gemeinderatskandidat Friedrich Ugrinovits aus Draßburg seit Jahrzehnten rechtsextreme und antisemitische Aktivitäten setzt. Unter anderem hat er Wissenschaftler, die das Jüdische Museum Eisenstadt besuchen wollten, als „Saujuden“ beschimpft. Zweimal wurde er wegen Verhetzung verurteilt, zuletzt 2013 zu einer bedingten Haftstrafe von zehn Monaten. In der FPÖ will niemand von den langjährigen Umtrieben des Gemeinderatskandidaten gewusst haben – auch nicht der Ortsparteiobmann von Draßburg, René Tschögl.

Einzelfall 67

Der freiheitliche Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer behauptet, die Europäische Menschenrechtskonvention erlaube die Umsetzung der Todesstrafe. Deshalb müsse sie evaluiert und gegebenenfalls durch eine „Österreichische Menschenrechtskonvention“ ersetzt werden. Dieser Versuch, die Europäische Menschenrechtskonvention in Misskredit zu bringen, scheidet aber rasch: Alle befragten ExpertInnen für Völkerrecht weisen darauf hin, dass die Konvention in ihren Zusatzprotokollen sehr wohl die Todesstrafe verbietet.

Einzelfall 68

Martin Hochstöger, Mitglied des Tiroler FPÖ-Landespartei Vorstandes, hat in einem Raum hinter seiner Apotheke eine Tafel angebracht, die an die „Heimkehr der Ostmark ins Reich“ erinnert. Außerdem hat er in einer Vitrine einen SS-Totenkopf und andere NS-Devotionalien zur Schau gestellt. Als das öffentlich bekannt wird, legt Hochstöger seine Funktion im Landespartei Vorstand nieder. Die Staatsanwaltschaft Innsbruck ermittelt. Hochstöger wird aus der FPÖ ausgeschlossen.

IMPRESSUM:

Medieninhaber: Mauthausen Komitee Österreich, 1020 Wien

Homepage: www.mkoe.at

E-Mail: info@mkoe.at

ZVR: 545896703

Für weiterführende Informationen gemäß § 5 ECG siehe AGB.

Hersteller: ÖGB-Verlag, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien